

Auf daß in Allem Gott verherrlicht werde!

St. Peters Bote. Ein Familienblatt zur Erbauung und Belehrung.

Bote und Arbeit!

20 Jahrgang. No. 33

Münster, Sasl., Donnerstag den 27. September 1923

Fortlaufende No. 1021

Welt-Rundschau.

Deutschland und Frankreich. Die Notwendigkeit einer schnellen Entscheidung, ob Deutschland an Frankreich kapitulieren solle, wird durch die schlimme innere Lage bedingt.

- 1. Deutschland ist bereit, den passiven Widerstand sofort aufzugeben, falls Frankreich alle Gefangenen frei gibt und den aus der Ruhr Vertriebenen die Rückkehr gestattet. 2. Deutschland ist willens, die Erhöhung der Offerte von 30 Billionen Goldmark zu bedenken, welche im letzten Juni von Kanzler Cuno als Reparationen angeboten wurden.

Man will wissen, daß Kanzler Stresemann vielleicht den englischen Vorschlag vom Januar, wonach Deutschland 50 Billionen Goldmark zahlen sollte, annehmen würde, falls keine andere Verständigung erreicht werden könnte.

Die Lage schien nur noch drei Lösungen möglich zu lassen. Erstens, bedingungslose Kapitulation an Frankreich durch eine direkte Rote. Aber man glaubt, daß die Reaktion in Deutschland eine Katastrophe herbeiführen würde; die Regierung glaubt aber, daß der Wert der Mark steigen würde durch die Aufgabe der finanziellen Unterstützung an die Ruhr, und daß diese Tatsache viele Leute beruhigen würde.

Premier Poincaré will keine Konzessionen in den Reparationen machen. Er ist der Ansicht, daß Deutschland nicht imstande ist, seinen passiven Widerstand fortzuführen, und Poincaré wird sicherlich die Gelegenheit wahrnehmen, einen zweiten Vertrag von Versailles vorzubereiten.

Diese Autorität sagte, daß der passive Widerstand keinen Wert mehr habe, weil Deutschland unter dieser Politik keine Geschäfte betreiben könnte. Er wurde dann gefragt: Was könnte Deutschland nach Ihrer Ansicht tun? Er erwiderte: Das ist sehr schwierig zu sagen. Premier Poincaré hat keinen Zweifel in der Ansicht irgend eines Menschen gelassen, daß er willens ist, mit Deutschland nur auf offiziellem Wege zu verhandeln, und daß er nicht mit einer Verständigung zwischen den industriellen Teilen der beiden Länder zufrieden sein wird.

gehen fügen wie es im Jahre 1919 tat, so wird es sicherlich zu einer Stellung erniedrigt werden, wogegen es ein Basal Frankreich für viele Jahre würde und worin es alle Hoffnungen auf neue Auszeichnung in industrieller wie politischer Hinsicht aufgeben müßte.

Der Einfluß der Berliner Regierung in den Rheinländern wird beinahe nichtig gemacht werden, weil die Rheinland-Kommission, welche vollständig unter dem Einflusse Frankreichs steht, es verstehen wird, alle die deutschen Rechte, wie sie die dortigen deutschen Beamten verkörpern, mit „Nein“ zu beantworten. Dies würde das wirkliche Ende Deutschlands bedeuten und es würde bedeuten, daß Frankreich seinen Zweck erreicht haben würde, seinen gefährlichsten Feind vernichtet zu haben, ein Ziel, welches es zwischen den Jahren 1914 und 1918 nicht erreichen konnte.

Deshalb wird das Angebot des Kanzlers Stresemann keinen Einfluß auf Poincaré ausüben. Er hofft — und er scheint richtig zu hoffen — daß alles das, was Herr Stresemann ihm anbietet, automatisch in den Schoß Frankreichs innerhalb einer kurzen Spanne Zeit fallen wird. Was werden aber die Alliierten Frankreichs zu einem solchen Vorgehen sagen, wurde er gefragt. Sicherlich haben wir dies seit dem Einfall in die Ruhr getan und haben zugehört, und England ist sogar soweit gegangen, die Besetzung als ungesetzlich zu erklären, aber Herr Poincaré läßt sich nicht im geringsten durch unsere Vorstellungen aus seinem Fahrwasser bringen.

Neue Anleihen zum Betrage von 800,000,000 Franken neben den bereits bewilligten 200,000,000 Franken sollen den Ländern der kleinen Entente von Frankreich bewilligt werden, damit dieselben Munition und andere Materialien zu ihrer Verteidigung kaufen können. Die Anleihen sollen unter Polen, Jugo-Slavien und Rumänien verteilt werden und werden wahrscheinlich in Frankreich zum Ankauf von Munition ausgegeben werden. Polen und Jugo-Slavien haben bereits vorher ähnliche An-

leihen von Frankreich erhalten. Ungarn wird wahrscheinlich auch die Erlaubnis erhalten, Anleihen in dem französischen Markte zu machen. Senator Henry Berenger, der Vorsitz der Finanzkommission, hat sich nach Mitteleuropa begeben um die finanzielle Lage dieser Länder zu untersuchen, damit er dem Parlamente bei dessen Zusammen treten im November einem vollen Bericht erstatten kann. Vor seiner Abreise sagte Berenger: Diese wichtigen Anleihen werden durch das Versprechen garantiert werden, daß die Nationen mit dem Gelde ausschließlich die Munition von Frankreich kaufen werden. Somit werden die Anleihen dem industriellen Leben Frankreichs zu gute kommen und werden zur gleichen Zeit unvorteilhaft europäische Politik günstig beeinflussen, wodurch gezeigt wird, weshalb das Parlament selbst in der gegenwärtigen finanziellen Lage Frankreichs diese Anleihen genehmigen wird.

Die letzten offiziellen Berichte zeigen, daß seit der Besetzung der Ruhr und dem darauf folgenden Fall des französischen Franken die Kosten des Lebensunterhaltes in Paris um 80 Prozent, und in den französischen Provinzen um 60 Prozent gestiegen sind. Das Brot ist heute um 25 Prozent teurer als im letzten Jahre.

Spanien. Das militärische Direktorat in Spanien hat beschlossen, 31 der führenden Politiker Spaniens, darunter den früheren Premier Sanchez Guerra und verschiedene Liberale und Syndikalisten, aus dem Lande zu verweisen. Die Verhandlung soll in dieser Woche stattfinden. Die militärische Herrschaft weigert sich, mit irgend welchen Politikern sich einzulassen.

Senor Benito, der frühere spanische Finanzminister unter verschiedenen Kabinetten, welcher sich in dem Barzelona-Paris-Gespräch auf der Reise nach Frankreich befand, wurde an der Grenze von der spanischen Polizei angehalten und es wurde ihm mitgeteilt, daß er in Spanien bleiben müsse, bis die neue Regierung über ihn einen Beschluß gefaßt haben würde.

Madrid, 17. Sept. Diktatorische Macht wurde letzte Woche dem militärischen Direktorate übertragen, als das Parlament aufgelöst wurde. General Primo de Rivera, der Führer der neuen Regierung, gab bekannt, das eine energische Kampagne geführt würde, um den Widerstand der Alf-Stämme in Marokko niederzuwerfen, und daß er 150,000 Mann nach Marokko senden würde. Er wird weiterhin eine Reserve von 450,000 Mann bilden, um die Ordnung in Spanien aufrecht zu erhalten.

Griechenland. Der Minister des Innern von Griechenland druckte am 18. September dem französischen, englischen und italienischen Vertreter in Athen die Entschuldigung der griechischen Regierung für die Ermordung der italienischen Grenzkommission in Janina aus, wie es in der Note vom Gesandtenrate in Paris verlangt wurde. Später in der Woche feuerte Griechenland auch die von Italien verlangten Salutschüsse bei der Einfahrt eines italienischen Kriegsschiffes in einen griechischen Hafen.

Vom Friedenskongress in Freiburg i. B.

Auf dem Friedenskongress in Freiburg kam es zwischen französischen und deutschen Delegaten zu interessanten Aussprachen, die dem Geiste der Tagung entsprechend, auf beiden Seiten mit großer Ruhe und Mäßigung geführt wurden. Sie sind es wohl wert, daß man ihnen auch hierzulande Beachtung schenkt.

Boreri sei erwähnt, daß vor der Aussprache Fräulein Otto von Freiburg die Versammlung mit einem Vortrag belegte, über die sozialen Verhältnisse in der Stadt Freiburg. Mit ersichtlicherem Zahlenmaterial legte sie die steigende Verarmung einer Bevölkerung dar, die in einer Stadt wohnt, von welcher man meinen sollte, daß in ihr das Elend nicht Platz hätte und eine solche Luft keine Tuberkulose erzeuge. Der Vortrag fiel aus dem Rahmen des Kongresses eigentlich heraus, aber die Kongreßleitung hätte in großzügiger Weise dieser im sozialen Sinn vorliegenden arbeitenden Dame gestattet, daß sie über den Stand der Dinge auf diesem Gebiete die ausländischen Teilnehmer unterrichte.

Wie dies, so hand auch die nächste Rede, die der französische Professor Ruggen über die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland, nicht auf der Tagesordnung. Ruggen sprach nicht als Beauftragter der französischen Regierung. Er hatte auch kein Mandat der französischen Kongreßteilnehmer. Seine Darlegungen sind, wie der Redner zu Beginn feststellte, rein persönlich zu nehmen. Und doch, so persönlich keine Worte gelten sollten, sie waren die Worte eines Franzosen, der mitten in der politischen Bewegung steht, der sich lebhaft beschäftigt, sowohl mit den grundsätzlichen wie mit den Tagesfragen der Politik und der als französischer Bürger die öffentliche Meinung seines Landes darstellt. Der Redner hatte sich zur Aufgabe gemacht, einige Fragen präzise zu beantworten. So erklärte er zu Beginn, daß seiner Auffassung nach die französische Regierung keine Annexionsabsichten gegenüber Deutschland habe. Wenn, was er nicht bestreiten wollte, vielleicht in gewissen großindustriellen und finanziellen Kreisen seines Landes derartige Absichten bestehen sollten, so trafen sich diese Auffassungen jedenfalls nicht mit dem Willen der großen Mehrheit des französischen Volkes. Man konnte nicht umhin, auch Poincaré zu glauben, wenn er erklärt, daß er das Ruhrgebiet freigabe nach Maßgabe der Reparationsleistungen. Die Darlegungen von Fräulein Otto hätten auf den Redner einen tiefen Eindruck gemacht. Er wisse zudem aus eigener Erfahrung, daß in gewissen Kreisen Deutschlands fürchtbare Not herrsche. So sei insbesondere der geistige Mittelstand in einer peinlichen Lage und gewisse Schichten des deutschen Volkes seien am Ende ihres Lebens. Auf der anderen Seite sehe jeder Reisende, der durch Deutschland fährt, einen Luxus in der Kleidung, überfüllte Cafés und Restaurants, überhaupt einen gewissen öffentlichen Wohlstand. Also, fragt Herr Ruggen, gibt es nicht Kreise in

Deutschland, die über ihre Reich-tümer verfügen und die für die Not des Landes nicht genug geteilt haben; gibt es nicht einen Stimmes; ist nicht die deutsche Landwirtschaft reich und gesund? Andererseits lei der Redner mit seinen Vordelenten der Meinung, daß die Verelendung gewisser Schichten des deutschen Volkes in der Hauptsache zurückzuführen sei auf die nachlässige Steuer- und Finanz-Politik der Regierung. Ein Beweis dafür liefere ihm eine Zeitungsnote, nach der die Einnahmen des Reiches im Monat Juli kaum 2 Prozent der Ausgaben betragen hätten. — Was den passiven Widerstand im Ruhrgebiet betrifft, so wolle er kein Wort über ihn fallen. Es sei eine schwierige Frage und er habe kein Recht, den Deutschen einen Rat zu geben. Aber der Redner frag, ob dieser Widerstand auch wirklich nur passiv sei. In dieser Hinsicht scheinen ihm die Sabotage Akte im besetzten Gebiet den Beweis des Gegenteils zu liefern. Die Gewalttaten, die die deutsche Presse von den Okkupationsarmeen berichtet, hält er vielfach für Unberichtigungen.

Dahin waren die ganzen Fragen zur Debatte gestellt, die das Problem der Ruhr und Reparationsfrage umfassen. Die eine Partei hat ihre Ansicht kundgetan — das danken wir Herrn Ruggen — in einer bemerkenswerten Offenheit. Es war nun die Aufgabe des deutschen Kongreßteilnehmer, auch ihrerseits Stellung zu nehmen. Zuerst meldeten sich zwei englische Länder; zwei englische Länder, eine Dame und ein Herr, die seit Kriegsende in Deutschland leben, um im Sinne der christlichen Nächstenliebe die Not in den deutschen Ländern zu lindern, andererseits aber um sich ein objektives Urteil über die Verhältnisse des Nachkriegsdeutschlands zu verschaffen. Es war zur Klärung der Fragen ganz außerordentlich wertvoll, daß eben diese, zwischen den beiden gegenläufigen Parteien stehenden neutralen Engländer und wahrheitsliebenden Quaker ihr gewöhnliches objektives Urteil und Gutachten abgaben. Was sie sagten, sowohl bezüglich des Ruhrgebietes wie des übrigen Deutschlands, war einfach erschütternd und machte offensichtlich auch einen tiefen Eindruck auf die anwesenden Franzosen.

Unter großer Spannung der Anwesenden und mit lebhaftem Beifall begrüßt, erhob sich nun der Führer der französischen Teilnehmer, Marc Sagnier. — Was die Ruhrfrage betrafte, und die Politik der französischen Regierung, so gab es für ihn, erklärte Marc Sagnier, keinen Zweifel, daß dies die alte Methode der Gewalt-politik sei, die er und seine Freunde verurteilten. Wie bisher so wollten die Anhänger der „Junger Republik“ in Frankreich im Sinne einer Politik des Friedens, der Gerechtigkeit und der Liebe kämpfen. Sie wollten kämpfen mit den Waffen des Geistes, aber getrieben von ihrem Gewissen und selbst das Leben für diese Ideale einsetzen. Der Redner wurde auch nicht zögern, seine Regierung und das französische Volk mit den Tatsachen bekannt zu machen, die auf (Fortsetzung auf Seite 8)